

SACHSISCHE STAATSKANZLEI
01095 Dresden

SSG Kreisverband Erzgebirge
c/o Stadt Löbnitz
Marktplatz 1
08294 Löbnitz
mail@stadt-loessnitz.de

Durchwahl
Telefon 0351 564-10001
Telefax 0351 564-10019

mp@sk.sachsen.de*

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
MP-1110/24/3-2021/15971

Dresden, 28. Januar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke Ihnen für Ihre umfangreiche Zuschrift. Ganz herzlich danke ich Ihnen auch für die gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Monaten und Ihr engagiertes Wirken in Ihren Kommunen vor Ort. Nur mit einem solchen engem Schulterschluss zwischen Freistaat, Landkreisen, Städten und Gemeinden kann eine Jahrhundertherausforderung wie diese Pandemie erfolgreich bewältigt werden.

Nach der ersten Welle im Frühjahr haben wir in Sachsen einen Sommer erlebt, in dem aufgrund des niedrigen Infektionsgeschehens vieles möglich war. Die Inzidenzen lagen zum Teil bei unter 1. Die Hygienekonzepte und die Tatsache, dass das Leben im Sommer bei Sonne und Wärme weitestgehend im Freien stattfindet, hat dazu geführt, dass kaum Einschränkungen nötig waren. Mit dem Beginn der kälteren Jahreszeit haben wir im Oktober zunächst langsam, aber schnell immer stärker werdend einen neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen erlebt – der Beginn der so genannten „2. Welle“.

Als die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten daraufhin am 28. Oktober 2020 mit der Bundesregierung zusammenkamen, um über die Situation zu beraten, lag der Inzidenzwert deutschlandweit bei 93, in Sachsen bei 68. Innerhalb von zwei Wochen stellte das eine Verdreifachung dar. Im Erzgebirgskreis lag die Inzidenz an diesem 28. Oktober bei knapp 190, tags darauf bei 225. Es war offensichtlich, dass wir reagieren mussten. Bund und Länder verständigten sich auf das, was dann „Lockdown light“ genannt wurde. Viele Einrichtungen wurden geschlossen, darunter Hotels und Restaurants, Freizeiteinrichtungen wie Bäder, Zoos und Vergnügungsparks, Museen, Kinos und Theater, körpernahe Dienstleister mit Ausnahme der Frisüre. Kontaktbeschränkungen wurden erlassen. Geöffnet blieben aber weiterhin der Einzelhandel, Schulen und Kitas.

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.sachsen.de

* Der Empfang von elektronisch signierten und/oder verschlüsselten elektronischen Dokumenten ist möglich. Die öffentlichen Schlüssel der Sächsischen Staatskanzlei finden Sie unter <https://www.sachsen.de/kontakt.html>.

Heute wissen wir: dieser „Lockdown light“ und Ausgangsbeschränkungen mit geöffneten Geschäften, Schulen und Kitas haben nichts gebracht. Als wir am 8. Dezember zur Kabinettsitzung zusammengekommen sind, lagen die Inzidenzen für Deutschland bei 147, in Sachsen bei 319 und im Erzgebirgskreis bei 405. Uns allen war klar, dass dieser Infektionsdynamik nur noch mit einem harten Lockdown zu begegnen ist, um das Zusammenbrechen der medizinischen Versorgung in Sachsen zu verhindern. Die Landräte und der SSG standen bei dieser Entscheidung fest an unserer Seite.

Wir haben den Lockdown dann in einer Sonderkabinettsitzung am 11. Dezember beschlossen, die ich aus dem Krankenhaus in Aue geführt habe. Ich habe es schon mehrfach gesagt, und Sie haben es in Ihrem Brief auch angesprochen: wenn ich zu diesem Zeitpunkt noch einen Zweifel an der Richtigkeit der Lockdown-Entscheidung gehabt hätte, spätestens nach den Gesprächen und den Eindrücken vor Ort wären diese Zweifel verschwunden gewesen.

Sachsen hat in den letzten Dezemberwochen und über den Jahreswechsel eine hochdramatische Situation erlebt. Die Krankenhäuser und Intensivstationen überall im Land waren voll. Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger haben zu diesem Zeitpunkt bereits seit Wochen an der Belastungsgrenze gearbeitet, vielfach auch darüber hinaus. Nur durch die Verlegung von Patienten in andere Bundesländer konnte dafür Sorge getragen werden, dass alle Erkrankten versorgt werden konnten. Mit aufopfernder Einsatzbereitschaft kämpfen die Frauen und Männer in den Krankenhäusern um jedes Menschenleben. Und dennoch kann es viel zu oft nicht verhindert werden, dass Menschen ihr Leben an dieses heimtückische Virus verlieren und Angehörige in tiefer Trauer zurückbleiben.

Diese Situation in den Krankenhäusern hat uns eindrücklich vor Augen geführt, dass die Inzidenz und der R-Wert eben nicht bloße statistische Kenngrößen sind. Wir wissen zwar bei Weitem noch nicht alles über dieses Virus. Wir wissen aber mittlerweile recht genau, welcher Anteil von Infizierten mit einem Verzug von einigen Tagen bis wenigen Wochen eine stationäre oder gar intensivmedizinische Versorgung braucht. Das heißt, anhand der Inzidenz, also der Zahl an Neuinfektionen, lässt sich sehr gut voraussagen, wie viele Erkrankte mit einem Abstand von 10-14 Tagen in den Krankenhäusern ankommen werden. Deshalb ist die Berechnung der Inzidenz kein Selbstzweck und auch wenn es eigentümlich erscheinen mag, dass in Gemeinden mit wenigen Einwohnern bereits eine geringe Zahl an Infizierten statistisch zu einer hohen Inzidenz führt, so hat doch gerade die Erfahrung der vergangenen Wochen die Validität des Inzidenzwertes als Indikator für politische Entscheidungen nachgewiesen. Ich sehe auch, dass diese „Übersetzungsleistung“, die uns als Verantwortungs- und Entscheidungsträger obliegt, womöglich nicht immer ausreichend gelungen ist.

Die Verschärfung der Maskenpflicht zum Tragen medizinischer Masken im ÖPNV und beim Einkaufen ist ein weiteres gutes Beispiel dafür, dass wir alle im Laufe dieser Pandemie einerseits dazulernen und andererseits adäquat auf eine sich verändernde Situation oder eine neuartige Bedrohung reagieren müssen. Der von Ihnen dargelegten Argumentation, die Verschärfung der Maskenpflicht würde im Umkehrschluss zeigen, dass die Alltagsmasken wirkungslos seien, kann mit ruhiger und klarer Gegenargumentation begegnet werden. Alltagsmasken haben nachweislich eine Schutzwirkung. Das Tragen

einer solchen Maske in Situationen, in denen sich Menschen begegnen, hat in der Bekämpfung der Pandemie von Anfang an einen großen Unterschied ausgemacht. An verschiedenen Stellen auf der Welt sind aber nunmehr Mutationen des Coronavirus aufgetaucht, die deutlich ansteckender sind, als die bisher verbreitete Variante. In Irland und Großbritannien konnte über den Jahreswechsel beobachtet werden, in welcher kurzen Zeit die Zahl der Neuinfektionen geradezu explodierte. Vor dem Hintergrund dieser neuen Lage sind wir der dringenden Empfehlung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefolgt, für jene Situationen, in denen ein erhöhtes Infektionsrisiko besteht, Masken vorzuschreiben, die einer Normierung unterliegen und damit eine Mindestschutzwirkung garantieren, die über der einer einfachen Alltagsmasken liegt.

Generell sind Verschärfungen der Regeln und Maßnahmen, wie sie seit Oktober mehrfach vorgenommen werden mussten, immer eine Reaktion darauf, dass das bisher Beschlossene keine ausreichende Wirkung entfaltet. Verschärfungen haben hingegen nicht vorrangig zum Ziel, Unwillige zur Mitwirkung zu bewegen, wie Sie schreiben. Da gibt es offenbar ein Missverständnis. Eine solche Strategie wäre auch sehr widersinnig. Denn wieso sollten Menschen, die sich nicht an milde Einschränkungen halten, auf einmal freiwillig härtere Einschränkungen einhalten. Nein, Unwillige zur Einhaltung der Regeln zu bewegen, geht nur über Kontrollen und Sanktionen. Ich bin den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar, dass die Kontrollen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Polizeistellen in den vergangenen Wochen deutlich erhöht wurden. Es ist, wie Sie schreiben: der überwiegende Teil der Bevölkerung trägt die Maßnahmen mit und hält sich an die Regeln. Eine Minderheit jedoch nimmt für sich in Anspruch, sich nicht daran halten zu müssen. Es ist die Aufgabe der staatlichen und kommunalen Behörden, die Regeln durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass der Ehrliche am Ende nicht der Dumme ist.

Häufig werde ich gefragt, was die Langzeitstrategie im Umgang mit Corona, was letztlich der Weg aus der Krise sein wird. Darauf gibt es eine klare Antwort: Impfen. Nie zuvor ist es der Menschheit gelungen, in so kurzer Zeit, mehrere wirksame und gut verträgliche Impfstoffe zu entwickeln. Dieser Umstand ist nicht weniger als ein Segen. Zuerst geimpft werden, wie Sie schreiben, die Menschen, die ein besonderes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben sowie diejenigen, die für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung wichtig sind. Diese Priorisierung halte ich für richtig. Sobald jene Menschen mit erhöhtem Risiko geimpft und damit eine weitreichende Immunisierung in der Risikogruppe erreicht ist, haben wir in der Tat bereits viel gewonnen und viele Fragen werden neu zu beantworten sein. Wir erleben gegenwärtig allerdings, welche Steine auf diesem Weg liegen. Daher ist Ihre Argumentation, das Vorhandensein von Impfstoffen bzw. die Aussicht auf eine flächendeckende Immunisierung sei eine hinreichende Begründung von (verschärfenden) Regeln und Einschränkungen für alle abzusehen, mit großer Vorsicht zu genießen. Noch sind in Deutschland viel zu wenige Menschen geimpft, als dass man diese Argumentation valide führen kann. Anhand der in angekündigten Impfstoffliefermengen erwarten wir, dass bis Mitte Februar allen Bewohnerinnen und Bewohnern von Pflegeheimen ein Impfangebot gemacht wird. Der Schutz der Menschen in den Pflegeheimen – auch das haben die vergangenen Wochen an vielen Stellen schmerzhaft gezeigt – ist eine der wichtigsten Aufgaben während dieser Pandemie.

Die von Ihnen angesprochenen „Hau-Ruck-Aktionen“ beim Impfen haben einen anderen Hintergrund, als von Ihnen beschrieben. Überzähliger Impfstoff kann entstehen, wenn bspw. kurzfristig Termine der mobilen Impfteams in Pflegeheimen abgesagt werden müssen, etwa wenn es in dem betreffenden Heim einen Coronaausbruch gibt und das Heim unter Quarantäne gestellt wird. Wie Sie wissen, hat der aktuell zur Verfügung stehende Impfstoff von BioNTech-Pfizer nach dem Auftauen, und erst recht nach der Dosierung in einzelne Spritzen, nur eine kurze Haltbarkeit. Wenn nun aber alles für einen Impftermin, der kurzfristig abgesagt wird, bereits vorbereitet ist, sind die Impfteams angehalten, dafür Sorge zu tragen, dass eben kein Impfstoff vernichtet werden muss, sondern Menschen gefunden werden, die erstens kurzfristig bereitstehen und zweitens auch nachvollziehbarerweise über eine hohe Impfpriorität verfügen. In der Regel sind das dann Rettungskräfte, Feuerwehrleute, medizinisches Personal oder ähnliche Gruppen. Dies wird nicht nur in Sachsen so gehandhabt.

Gegenwärtig werden alle unsere Anstrengungen beim Impfen einerseits durch die geringe Liefermenge und andererseits durch die besonderen logistischen Anforderungen (extreme Kühlung, Haltbarkeit nach Auftauen etc.) der Impfstoffe limitiert. Diese Faktoren machen ein kleinteiliges, dezentrales Impfen, etwa über die Hausärzte wie bei den Gripeschutzimpfungen, aktuell nicht möglich. Bitte seien Sie versichert, dass sobald sich die Parameter ändern, selbstverständlich auch die Impfstrategie des Freistaates angepasst werden wird.

Sachsen hat mit seiner Entscheidung zum Lockdown im Dezember noch vor allen anderen Bundesländern einen harten, aber konsequenten Weg eingeschlagen, den wir seither mit Stringenz verfolgen. Und wir haben Erfolg. Die Infektionszahlen sinken. Deutschland hat die Inzidenz von 100 wieder unterschritten, Sachsen liegt mit Stand heute bei 130, der Erzgebirgskreis bei 126. Unser Ziel ist es, die verbleibenden gut zwei Wochen bis Mitte Februar zu nutzen, um mit aller Disziplin und Konsequenz die Infektionszahlen soweit wie möglich zu senken, um dann die Möglichkeit zu haben, über Lockerungen entscheiden zu können.

Ich weiß, dass die Einschränkungen und Beschränkungen für die Bevölkerung eine große Belastung und Zumutung bedeuten. Ich erlebe in zahlreichen Rückmeldungen, dass viele Menschen die Maßnahmen notgedrungen ertragen. Es muss uns aber gemeinsam gelingen, dass es nicht um das Ertragen geht, sondern dass diese Maßnahmen und Regeln gelebt werden. Einen sicherlich wichtigen Aspekt dahingehend sprechen Sie in Ihrem Schreiben an. Auch ich hätte mir einen reibungsloseren und zügigeren Ablauf bei der Beantragung und Auszahlung der Wirtschafts- und Überbrückungshilfen seitens des Bundes gewünscht. Den Unmut, der hier entstanden ist, kann ich nachvollziehen.

Niemand trägt die Schuld an diesem Virus, nicht die Gastronomen, nicht die Handwerker, die Friseure, die Einzelhändler und auch die Schüler und Lehrer nicht. Gemeinsam verbindet uns alle miteinander das Ziel, dass das Leben und Wirtschaften in unserem Land schnellstmöglich wieder auf den Weg in Richtung Normalität zurückkehrt. Impfen, wie gesagt, ist die Langfriststrategie. Kurzfristig heißt es, mittels des harten Lockdowns die Infektionszahlen so weit wie möglich zu drücken. Und mittelfristig werden wir mit den bereits ausgearbeiteten und erprobten Hygienekonzepten und der Einhaltung der AHA-L-Regeln Schritt für Schritt wieder vieles möglich machen, sobald es das Infektionsgeschehen zulässt.

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister, nicht auf alle von Ihnen angesprochenen Punkte konnte ich in meinem Antwortschreiben eingehen. Es ist sehr schade, dass unser lange geplantes Abstimmungsgespräch am 11. Dezember vergangenen Jahres coronabedingt nicht stattfinden konnte und von meinem Angebot der alternativen Möglichkeit einer Videokonferenz zu diesem Zeitpunkt leider nicht Gebrauch gemacht wurde.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir nun zeitnah einen Termin zum direkten, digitalen Austausch fänden.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Kretschmer